



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

| Gremium         | am         | TOP |
|-----------------|------------|-----|
| Finanzausschuss | 14.12.2009 |     |

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### **Entwicklung wesentlicher Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2009**

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Haushaltsermächtigung zum Stand 23.11.2009 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende. Die Haushaltsermächtigung berücksichtigt neben dem Haushaltsansatz 2009 auch evtl. aus 2008 zusätzlich bereitgestellte Haushaltsermächtigungen, alle bis zu dem o. a. Zeitpunkt verfügbaren außer- bzw. überplanmäßigen Ausgaben sowie die Änderungen durch Deckungsfähigkeiten.

#### **Steuern:**

Bereits mit Schreiben vom 22.05.2009 an die Fraktionen und Einzelmandatsträger hat die Verwaltung darauf hingewiesen, dass auf Basis der Prognosen der Mai-Steuerschätzung 2009 im Bereich des gesamten Steueraufkommens ein saldierter Wenigerertrag von rd. 122,3 Mio. Euro erwartet wird.

Während auf der Grundlage der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung noch ein Gewerbesteuerertrag von 977,1 Mio. Euro erwartet wurde, musste vor dem Hintergrund der Entwicklung im 2. Halbjahr 2009 diese Einschätzung auf 850 Mio. Euro zurückgenommen

werden. Dieser Betrag teilte sich auf in ein erwartetes Vorauszahlungssoll von 650,0 Mio. Euro und Nachveranlagungen von 200,0 Mio. Euro. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Ausführungen im Schreiben an die Fraktionen zur Haushaltsentwicklung v. 01.11.2009 verwiesen.

Nach aktuellem Stand beträgt das Gesamtaufkommen rd. 796,0 Mio. Euro. Hiervon entfallen 635,6 Mio. Euro auf Vorauszahlungen und 160,4 Mio. Euro auf Nachveranlagungen. Nach derzeitiger Einschätzung wird sich die Gesamtsumme bis zum Jahresende nicht mehr gravierend verändern.

Gegenüber der Einnahmeerwartung auf Basis der Mai-Steuerschätzung ist somit ein weiterer Bruttoausfall von rd. 181,1 Mio. Euro zu verzeichnen, unter Berücksichtigung des Wenigeraufwandes bei den Gewerbesteuerumlagen ergibt sich eine Nettoverschlechterung von 154,5 Mio. Euro. Diese ist der im o. a. Schreiben an die Fraktionen ausgewiesenen Gesamtverschlechterung im Steuerbereich von 122,3 Mio. Euro noch hinzuzurechnen.

Das verringerte Gewerbesteueraufkommen des Jahres 2009 hat auch Auswirkungen auf die Ansatzbildungen für den Haushalt 2010 bzw. die Finanzplanung 2011 ff, da die dort enthaltenen Festlegungen noch auf einem erwarteten Gewerbesteueraufkommen von 850 Mio. Euro basieren. Die Verwaltung wird im Rahmen der Veränderungsnachweisung die erforderlichen Anpassungen vornehmen.

***Verschlechterung rd.: 276,8 Mio. Euro***

### **Grundsteuer**

Zusätzlich zu der bereits im Zusammenhang mit der Mai-Steuerschätzung kalkulierten Verschlechterung bei den Grundsteuererträgen i. H. v. 1,9 Mio. Euro wird ein weiteres Minus von 1,5 Mio. Euro bis zum Jahresende prognostiziert.

***weitere Verschlechterung: rd. 1,5 Mio. Euro***

### **Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO**

Aufgrund der aktuellen Entwicklung bei den Nachforderungs- und Erstattungszinsen wird bis Jahresende mit einer Unterschreitung des Ansatzes gerechnet. Bei einem derzeitigen Anordnungssoll von 8,2 Mio. Euro und einer bisher unterdurchschnittlichen Entwicklung kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Ansatz realisiert wird, da die Erträge von den Gewerbesteuerfestsetzungen vergangener Erhebungszeiträume abhängig sind. Sofern bis Jahresende keine größeren Sollstellungen mehr zu verzeichnen sind, ist mit einem Minderertrag von bis zu 15,0 Mio. Euro zu rechnen.

***Wenigerertrag: rd. 15,0 Mio. Euro***

### **Zweitwohnungssteuer**

Bei der Zweitwohnungssteuer ist bis Jahresende von einer Verbesserung gegenüber dem Ansatz um ca. 3,5 Mio. Euro auszugehen. Diese Prognose ist dadurch begründet, dass derzeit viele Veranlagungen für rückwirkende Zeiträume durchgeführt werden.

***Mehrerträge: rd. 3,5 Mio. Euro***

### **Schlüsselzuweisung**

Die Schlüsselzuweisung fällt gegenüber der Planung um 6,2 Mio. Euro höher aus als erwartet. Allerdings werden hiervon rd. 4,2 Mio. Euro zur Finanzierung weiterer Bergungsarbeiten im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs herangezogen. Darüber hinaus wurden die Mehrerträge zur Deckung sonstiger kleinerer Mehraufwendungen (z. B. Ausgleichszahlung Conlon) verwendet.

***Veränderung rd.: 0,0 Mio. Euro***

### **Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil (Kompensation)**

Gemäß Festsetzungsbescheid beträgt die Kompensationsleistung in 2009 rd. 38,5 Mio. Euro. Das bedeutet eine Verbesserung um rd. 3,2 Mio. Euro.

**Mehrerträge: rd. 3,2 Mio. Euro**

### **Landesmittel aus erspartem Wohngeld**

Positive Konsequenzen für den städt. Haushalt ergeben sich aus dem Bescheid zur Verteilung der Einsparungen des Landes bei den Wohngeldausgaben auf die Kreise und kreisfreien Städte. Danach ergeben sich Mehrerträge von 5,1 Mio. Euro gegenüber der Planung.

**Mehrerträge: rd. 5,1 Mio. Euro**

### **Personalaufwand**

Auf Basis der Abrechnungsergebnisse der Tarifbeschäftigten bis Monat Oktober und der Beamten bis Monat November zeichnen sich nach derzeitigem Stand für das Jahr 2009 zunächst Wenigeraufwendungen von rd. 7 Mio. Euro ab.

In dieser Prognose sind die geschätzten Mehraufwendungen von rd. 1,0 Mio. Euro auf Basis des Tarifabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst sowie die Mehraufwendungen i. H. v. rd. 7,0 Mio. Euro aufgrund von Nachzahlungen zur Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie für Feuerwehrbeamte bereits enthalten. Ebenfalls in der Prognose berücksichtigt wurde, dass die durch den Streik im Kindertagesstättenbereich eingesparten Personalaufwendungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro entsprechend dem Ratsbeschluss vom 30.06.2009 zur qualitativen Verbesserung von Angeboten in den Kindertagesstätten und für die Erstattung der Elternbeiträge verwendet werden.

Derzeit nicht kalkulierbar ist die Höhe der in 2009 tatsächlich zu bildenden Personalarückstellungen. Verlässlichere Daten liegen erst im Jahresabschluss vor.

**Verbesserung: bis zu 7,0 Mio. Euro**

### **Personalamt**

Die Saldierung mehrerer kleinerer Veränderungen führt im Ergebnis zu einer Verschlechterung von rd. 0,2 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind insbesondere Wenigererträge bei der Erstattung von Unfallkosten sowie bei Erstattungen des Landes. Aufwandsseitig sind die Dienstunfallkosten rückläufig, dem gegenüber stehen allerdings Mehraufwendungen für die Unfallversicherung sowie die sonstigen Versorgungsaufwendungen.

**Verschlechterung: rd. 0,2 Mio. Euro**

### **Politik und Fraktionen**

Aufgrund der Anpassung der Personalkostenzuschüsse sowie der sonstigen Fraktionszuwendungen wird ein Mehrbedarf von rd. 0,3 Mio. Euro prognostiziert.

**Mehraufwendungen: rd. 0,3 Mio. Euro**

### **Wahlen**

Der Bereich erwartet insgesamt eine Verschlechterung von 0,5 Mio. Euro. Diese ergibt sich zum einen aus Mehraufwendungen von ca. 0,7 Mio. Euro durch den höheren Bedarf an Wahlhelfern und den damit verbunden gestiegenen Aufwendungen z. B. für Erfriechungsgelder. Dem gegenüber sind Wenigeraufwendungen von rd. 0,2 Mio. Euro für das Zeitpersonal zu verzeichnen.

**Mehraufwendungen: rd. 0,5 Mio. Euro**

### **Allg. Sicherheit und Ordnung, Gewerbewesen**

Mehrerträgen von 1,0 Mio. Euro aufgrund höherer Bußgelder und vermehrter Festsetzung von Zwangsgeldern bei Sportwetten stehen geringere öffentl.-rechtliche Leistungsentgelte von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Gaststättenangelegenheiten gegenüber. Per Saldo ergibt sich eine Verbesserung um 0,5 Mio. Euro.

**Mehrerträge: rd. 0,5 Mio. Euro**

### **Sozialbereich**

Im Sozialbereich wird insgesamt eine saldierte Verbesserung von 5,4 Mio. Euro gegenüber der Planung prognostiziert. Nachfolgend werden die größten Veränderungen dargestellt. Die Aufzählung ist nicht abschließend und ergibt nicht die Summe der Gesamtabweichung.

Substantielle Veränderungen auf der Ertragsseite ergeben sich vor allem bei vier Produkten:

- Die Absenkung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (KdU) gemäß § 46 SGB II von 28,6 % in 2008 auf nur noch 25,4 % in 2009 führt zu einem Minderertrag von 10,0 Mio. Euro gegenüber der Planung. Der Aufwand für die KdU fällt voraussichtlich um etwa 5,8 Mio. Euro geringer aus als angenommen.
- Aufgrund der Festlegung des Bundesanteils an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit auf 13 % der Aufwendungen des Jahres 2007 wird der Ertrag hier um ca. 4,5 Mio. Euro höher ausfallen als ursprünglich erwartet, da zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch eine Reduzierung des Bundesanteils auf 7,06 % beabsichtigt war.
- Die Erträge aus der summarischen Abrechnung von stationären Leistungen der Hilfe zur Pflege mit dem Landschaftsverband werden voraussichtlich um ca. 13,7 Mio. Euro höher als veranschlagt ausfallen. Dem stehen allerdings Mehraufwendungen in gleicher Höhe gegenüber, so dass sich für den Gesamthaushalt hieraus keine Verbesserung ergibt.
- Aufgrund der Abrechnung von Vorschüssen, die in früheren Jahren pauschal als Leistungen der Hilfe zur Gesundheit an Krankenhäuser ausgezahlt wurden, ergeben sich Erstattungsansprüche, die bei Fortschreibung der bisherigen Entwicklung bis zum Jahresende ca. 1,3 Mio. Euro betragen dürften.
- Die Erträge aus Erstattungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt werden voraussichtlich ca. 4,5 Mio. Euro unter der Planung liegen. Dies ist auf zu optimistisch kalkulierte Ansätze zurückzuführen und darauf, dass Altfälle weitgehend abgerechnet sind und dadurch keine weiteren Erträge erzielt werden.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen prognostiziert:

- Mehraufwand in Höhe von 11,4 Mio. Euro wird bei der Hilfe zur Pflege erwartet. Schwerpunktmäßig entfallen hiervon 2,7 Mio. Euro auf ambulante und 6,7 Mio. Euro auf stationäre Hilfen sowie 1,8 Mio. Euro auf Leistungen außerhalb von Einrichtungen. Die Steigerung bei den ambulanten Leistungen ist vor allem auf eine Erhöhung der Pflegesätze durch Sozialstationen sowie Kostensteigerungen bei der persönlichen Assistenz zurückzuführen. Der zunehmende Aufwand bei stationären Leistungen erklärt sich vornehmlich damit, dass bei der Haushaltsplanung die Leistungen, die in Kostenträgerschaft des LVR erbracht werden, zu niedrig eingeschätzt wurden. Insoweit stehen den höheren Aufwendungen in weiten Teilen Mehrerträge gegenüber (s. o.).
- Die rückläufigen Fallzahlen bei Leistungen nach dem SGB II haben im ersten Halbjahr 2009 zu deutlich geringeren Aufwendungen bei den Kosten der Unterkunft geführt. Dieser Trend wird sich angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der steigenden Arbeitslosigkeit nach derzeitigen Erkenntnissen allerdings nicht fortsetzen. Die Auf-

wendungen werden nach derzeitiger Einschätzung um ca. 5,8 Mio. Euro hinter dem Haushaltsansatz zurückbleiben. Auch der Aufwand für einmalige Leistungen wird um rund 1,0 Mio. Euro niedriger als geplant ausfallen, weil ein Teil der Hilfen als Darlehen gewährt wird. Hingegen übertreffen die erwarteten Aufwendungen für den kommunalen Finanzierungsanteil der ARGE Köln den Planansatz um etwa 1,3 Mio. Euro. Ursächlich ist das gestiegene Verwaltungskostenbudget der ARGE.

- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken – wie bereits im Haushaltsjahr 2008 – gegenüber der Planung geringere Fallzahlen Einsparungen in Höhe von rund 1,8 Mio. Euro.
- Verbesserungen von mehr als 3,0 Mio. Euro werden bei den Aufwendungen für Hilfen bei Wohnproblemen erwartet. Hiervon entfallen 2,0 Mio. Euro auf Leistungen aus Garantieverträgen mit der Wohnungswirtschaft. Diese Verträge konnten nach Umsetzung eines verbesserten Unterbringungs- und Betreuungskonzeptes neu verhandelt und die Aufwendungen reduziert werden. Weitere Verbesserungen von ca. 1,0 Mio. Euro entstehen im Ergebnisplan dadurch, dass Leistungen zur Sicherung der Wohnung oft darlehensweise erbracht werden und somit keinen Aufwand darstellen.

**Verbesserung: rd. 5,4 Mio. Euro**

### **Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und Asylbewerber**

Die Erträge aus Gebühren für die Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen werden voraussichtlich 0,7 Mio. Euro höher ausfallen als geplant. Gleichzeitig werden die Mieterträge aufgrund von Verzögerungen bei Neubauvorhaben und anschließender Vermietung rd. 0,2 Mio. Euro unter der Planung liegen. Aufwandsseitig ergeben sich nach derzeitigen Erkenntnissen Verbesserungen bei der Unterhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung um rd. 0,1 Mio. Euro. Dem gegenüber müssen Mehraufwendungen für Honorare in Höhe von 0,2 Mio. Euro, die aufgrund von Baugenehmigungsverfahren bei bestehenden Objekten an Architekten geleistet werden. Durch außerplanmäßige Abschreibungen und Einzelwertberichtigungen ergeben sich weitere Verschlechterungen von 0,7 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Mieten und Pachten werden ca. 3,7 Mio. Euro unter der Planung liegen, was durch schnellere Abmietungen und verzögerte Anmietungen zu begründen ist.

**Verbesserung: rd. 3,4 Mio. Euro**

### **Wohnungswesen**

Die Zuweisungen des Landes werden voraussichtlich um ca. 0,3 Mio. Euro geringer ausfallen als erwartet, da die Bezuschussung von Lärmsanierungsmaßnahmen ausgelaufen ist. Dem gegenüber stehen Wenigeraufwendungen von 1,6 Mio. Euro bei den Zuschüssen an übrige Bereiche (Kürzung bzw. Wegfall von Zins- und Aufwendungszuschüssen).

**Verbesserung: rd. 1,3 Mio. Euro**

### **Kinder und Jugend, Kinderheime**

Bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe wird insgesamt eine Verschlechterung von ca. 9,3 Mio. Euro erwartet. Bei den Erträgen zeichnet sich im Produkt Tageseinrichtungen für Kinder eine Verbesserung von rd. 0,5 Mio. Euro bei den Landeszuschüssen zu den Betriebskosten der Kitas ab. Hinzu kommt bei den Elternbeiträgen eine voraussichtliche Verbesserung von 0,2 Mio. Euro.

Die Aufwendungen in diesem Bereich werden aufgrund der Neuregelung des Anspruchs auf Förderung in der Kindertagespflege um ca. 2,0 Mio. Euro höher ausfallen. Weiterhin werden Mehraufwendungen für die Wirtschaftliche Jugendhilfe von insgesamt 13,3 Mio. Euro prognostiziert. Dies ist im Wesentlichen auf gestiegene Fallzahlen sowie Kostensteigerungen zurückzuführen. Neben den genannten Mehraufwendungen werden Wenigeraufwendungen von rd. 0,8 Mio. Euro geschätzt. Diese müssen allerdings zur Deckung der Mehraufwendungen herangezogen werden.

Bei den Kinderheimen wird eine saldierte Verbesserung von 1,6 Mio. Euro prognostiziert. Abweichungen ergeben sich insbesondere durch folgende Sachverhalte: Zum einen werden geringere Benutzergebühren/Entgelte von rd. 0,8 Mio. Euro aufgrund der zum 01.01.2009 durchgeführten Platzzahlreduzierung von 10 auf 9 Sollplätze in den Leistungsangeboten des SGB VIII erwartet. Des Weiteren zeichnet sich eine Verschlechterung von 0,1 Mio. Euro aufgrund von höheren Energie- und Ab-/Wasserkosten ab. Dem gegenüber stehen Wenigeraufwendungen von ca. 2,3 Mio. Euro, welche durch die Verzögerungen beim Verkauf des Geländes und den damit verbundenen Mittelaufwendungen (Abriss- und Erschließungskosten, Verkaufshonorare) begründet sind. Darüber hinaus ergeben sich mehrere kleinere Verbesserungen in einem Gesamtvolumen von 0,2 Mio. Euro.

***Verschlechterung: rd. 7,7 Mio. Euro***

### **Schule und Bildung**

Die sonstigen ordentlichen Erträge werden die Planung um rd. 0,6 Mio. Euro unterschreiten, was darauf zurückzuführen ist, dass die beabsichtigte Parkraumbewirtschaftung von Lehrerparkplätzen nicht umgesetzt wurde. Die Aufwendungen für den Schülerspezialverkehr werden ca. 2,0 Mio. Euro über dem Planwert liegen. Dies ist auf das Ergebnis der europaweiten Ausschreibung der Beförderungsleistungen mit Schulbussen zurückzuführen.

***Verschlechterung: rd. 2,6 Mio. Euro***

### **Gesundheit**

Die Erträge werden rd. 0,9 Mio. Euro unter der Planung liegen. Bei den Zuschüssen von übrigen Bereichen waren 0,1 Mio. Euro geplant, welche nicht realisiert werden können. Weiterhin kommt es durch Stellenvakanzen im Bereich des Jugendzahnärztlichen Dienstes zu geringeren Zuwendungen von ca. 0,1 Mio. Euro durch den Kölner Arbeitskreis Zahngesundheit. Die Erträge aus Verwaltungsgebühren werden um ca. 0,7 Mio. Euro geringer ausfallen, da bei der Planung bereits die Gebühren aus der Refinanzierung von zusätzlichen Stellen berücksichtigt wurden. Zusätzlich sind erhebliche Kapazitäten aufgrund der Schweinegrippe sowie des Einsturzes des Hist. Archivs gebunden, die nicht für gebührenpflichtige Tätigkeiten zur Verfügung stehen.

***Wenigererträge: rd. 0,9 Mio. Euro***

### **Kultur und Wissenschaft**

Bei der Stadtbibliothek wird eine Verschlechterung bei den sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von ca. 0,4 Mio. Euro erwartet. Ursprünglich wurden höhere Erträge aufgrund der geänderten Entgeltordnung geplant.

Das Kulturamt prognostiziert eine Unterschreitung von ca. 0,1 Mio. Euro bei den Erträgen, da die geplante Leistungsverrechnung zwischen dem Kulturamt und den Bühnen nicht erfolgt. Bei den Museen ergeben sich aufwandsseitig eine Reihe von Abweichungen, die jedoch innerhalb der Museen ausgeglichen werden können.

Die der Stadt im Zusammenhang mit dem Einsturz des Historischen Archivs entstehenden Aufwendungen werden weitgehend über ein Vorschusskonto abgewickelt, welches zum Jahresende 2009 in den Haushalt übernommen werden muss. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu haben begonnen.

Neben der Stadt sind auch der KVB im Zusammenhang mit dem Einsturz Kosten entstanden, die nicht von Dritten, insbesondere Versicherungen, erstattet werden können. Sie belaufen sich im konsumtiven Bereich auf rd. 16,0 Euro. Nach den Regelungen in § 7 des Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages sind diese Kosten von der Stadt Köln zu übernehmen. Auf die weitergehenden Ausführungen in der Vorlage 4968/2009, die zur gleichen Sitzung um-

gedruckt wurde, wird verwiesen.

**Verschlechterung: rd. 16,5 Mio. Euro**

### **Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen**

Per Saldo wird eine Verbesserung von ca. 0,4 Mio. Euro prognostiziert. Zum einen ergeben sich Mehraufwendungen für sonstige Dienstleistungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro, da durch krankheitsbedingte und sonstige Ausfälle sowie die verzögerte Besetzung von Stellen ein höherer Einsatz von externen Kräften erforderlich ist. Dem gegenüber stehen voraussichtliche Wenigeraufwendungen von rd. 1,2 Mio. Euro für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Mieten und Pachten sowie Leasing.

**Verbesserung: rd. 0,4 Mio. Euro**

### **Rechts- und Versicherungsleistungen**

Aufgrund einer Rückzahlung in Höhe von 0,5 Mio. Euro aus dem Betriebsstock der Feuererschadensgemeinschaft werden einmalig Mehrerträge erzielt.

**Mehrerträge: rd. 0,5 Mio. Euro**

### **Zentrale Dienste**

Der Bereich erwartet höhere Benutzungsgebühren und Entgelte von ca. 0,2 Mio. Euro aufgrund der Kooperation des Call Centers mit der StEB, D 115 sowie dem Rhein-Erft-Kreis. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen von 0,5 Mio. Euro aufgrund eines erhöhten Postaufkommens.

**Verschlechterung: rd. 0,3 Mio. Euro**

### **Stadtentwicklung und Stadtplanung**

Das integrierte Handlungskonzept für Mülheim wird aufgrund von Verzögerungen voraussichtlich erst 2010 umgesetzt. Dadurch ergeben sich Wenigeraufwendungen von ca. 2,8 Mio. Euro. Weitere Wenigeraufwendungen von rd. 0,3 Mio. ergeben sich durch die verzögerte Umsetzung des Projektes „Einzelhandel/Zentrenentwicklung“. Zusätzlich verschieben sich die Maßnahmen „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf Mülheim“ (Wenigeraufwendungen rd. 0,3 Mio. Euro) sowie „Mehrgenerationenwohnen“, so dass der Zuschuss an die GAG in Höhe von 0,8 Mio. Euro erst 2010 ergebniswirksam wird. Für die Projekte „Demografischer Wandel“ und „Kommunaler Mikrozensus“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro bzw. 0,1 Mio. Euro prognostiziert.

Im Bereich der Stadtplanung wird es zu Wenigeraufwendungen von rd. 0,2 Mio. Euro bei den Projekten „Rechtsrheinische Perspektiven“ und „Eifelwall“ kommen. Darüber hinaus wird sich das Projekt Regionale 2010 teilweise ins nächste Jahr verschieben, wodurch sich für 2009 Wenigeraufwendungen in Höhe von 0,5 Mio. Euro ergeben.

**Wenigeraufwendungen: rd. 5,2 Mio. Euro**

### **Wirtschaftsförderung**

Für die Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden werden in diesem Jahr voraussichtlich rd. 0,4 Mio. Euro weniger benötigt als geplant.

**Wenigeraufwendungen: rd. 0,4 Mio. Euro**

### **Verkehrüberwachung**

Es werden insgesamt Wenigererträge von 0,4 Mio. Euro prognostiziert, was u. a. durch ein angemessenes Fahrverhalten begründet wird. Die Wenigererträge werden teilweise durch die Inbetriebnahme der Geschwindigkeitsüberwachungen auf der Inneren Kanalstraße und der BAB 3 kompensiert.

Aufwandsseitig wird eine Unterschreitung von 0,9 Mio. Euro, welche sich durch Einsparungen bei verschiedenen Aufwandspositionen zusammensetzt, prognostiziert.

**Verbesserung: rd. 0,5 Mio. Euro**

### **Liegenschaften und Kataster**

Aufgrund von zusätzlichen Reparaturen und Instandsetzungen bei bebautem Fiskalbesitz sowie den Tiefgaragen ist von Mehraufwendungen für die bauliche Unterhaltung in Höhe von 0,5 Mio. Euro auszugehen. Der Bereich prognostiziert im Projekt ALKIS Wenigeraufwendungen durch Verzögerungen bei der Umsetzung von ca. 0,5 Mio. Euro gegenüber der Planung.

**Veränderung rd.: 0,0 Mio. Euro**

### **Verkehrsflächen und –anlagen, Parkeinrichtungen**

Hier werden per Saldo Verbesserungen von insgesamt 7,7 Mio. Euro erwartet. Diese ergeben sich u. a. durch Mehrerträge von rd. 3,3 Mio. Euro bei den Entgelten zur Unterhaltung von Straßen (z. B. durch Gestattungsentgelt StEB), durch höhere Erträge bei den Parkgebühren (1,5 Mio. Euro), die Verbuchung der Erschließungsbeiträge für die durch die StEB gebauten Mischwasserkanäle als Ertrag (1,1 Mio. Euro) sowie aus der Auflösung von Sonderposten im Zusammenhang mit der Aktivierung von Anlagen im Bau (3,3 Mio. Euro). Verschlechternd wirken sich rückläufige Sondernutzungsgebühren in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro aus.

Die Aufwendungen werden insgesamt voraussichtlich rd. 5,0 Mio. Euro über der Planung liegen. Ursächlich hierfür ist u. a. die geänderte Verbuchung von Aufwendungen für nicht rückzahlbare Zuweisungen für Investitionen. Ursprünglich sollten die jährlichen Zuweisungen an die StEB für den Bau von Mischwasserkanälen entsprechend der Nutzungsdauer der Kanäle das jeweilige Haushaltsjahr belasten. Da sich die Kanäle im Anlagevermögen der StEB befinden, müssen die von der Stadt zu leistenden Zuweisungen in voller Höhe als Aufwand im laufenden Jahr verbucht werden. Dadurch ergeben sich Mehraufwendungen von voraussichtlich 4,5 Mio. Euro. Durch Teilabgänge bei Straßen im Zusammenhang mit der Aktivierung von Anlagen im Bau entstehen zusätzliche Aufwendungen von rd. 3,8 Mio. Euro. Weitere Verschlechterungen ergeben sich durch die Aufwendungen für Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen, die die Planung um rd. 0,5 Mio. Euro übersteigen sowie bei den bilanziellen Abschreibungen von ca. 1,2 Mio. Euro.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Straßen werden voraussichtlich um insgesamt rd. 5,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung liegen. Zahlreiche Faktoren wie Vergabeverfahren, Wetterlage etc. beeinflussen maßgeblich den Baubeginn und damit die Abwicklung von einzelnen Maßnahmen.

**Verbesserung: rd. 2,7 Mio. Euro**

### **Verkehrs- und Kfz-Angelegenheiten**

Die Erträge werden voraussichtlich 0,4 Mio. Euro über der Planung liegen, was zum einem mit höheren Fallzahlen bei den Kfz-Zulassungen und zum anderen mit steigenden Ausnahme genehmigungen zusammenhängt.

**Mehrerträge: rd. 0,4 Mio. Euro**

### **Grünflächen und Friedhöfe**

Bei den Friedhöfen zeichnet sich eine Verschlechterung von 0,3 Mio. Euro ab. Diese ergibt sich aus Mehraufwendungen von rd. 0,6 Mio. Euro bei den sonstigen Dienstleistungen aufgrund des verstärkten Abräumens von abgelaufenen Gräbern. Durch den Wegfall der eigenen Abräumkolonne erfolgen diese Arbeiten durch externe Firmen. Hinzu kommen Mehraufwendungen von rd. 0,1 Mio. Euro für erhöhten Baumpflegebedarf auf allen städtischen Friedhöfen. Dem gegenüber stehen Wenigeraufwendungen von rd. 0,4 Mio. Euro



aufgrund reduzierter Unterhaltungsmaßnahmen im Krematorium sowie einer bislang noch nicht durchgeführten Mauersanierung auf dem Friedhof Melaten.

Im Bereich Grünflächen werden Wenigeraufwendungen von rd. 2,7 Mio. Euro bei Maßnahmen aus dem Bürgerhaushaltsverfahren prognostiziert, da es aufgrund von zeitintensiven Verfahren zu Verzögerungen bei der Umsetzung kommt. Zusätzlich ergeben sich durch Verzögerungen bei der Umsetzung des Fahrzeug- und Maschinenkonzeptes Mehraufwendungen für Leasing von ca. 0,2 Mio. Euro. Dem gegenüber werden Mehraufwendungen von ca. 0,3 Mio. Euro für Energie und Ab-/Wasser erwartet, da u. a. die Befüllung von Teichen und Weihern zu hohen Wasserrechnungen geführt hat.

**Wenigeraufwendungen: rd. 2,3 Mio. Euro**

### **Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung**

Erstmalig wurde in 2009 eine Ausgleichszahlung „Bodenschutz“ in Höhe von 0,1 Mio. Euro realisiert. Da es sich um zweckgebundene Erträge handelt, sind in gleicher Höhe Aufwendungen zu tätigen. Bei den Aufwendungen werden Verbesserungen bei den sonstigen Dienstleitungen von ca. 0,6 Mio. Euro prognostiziert, da Ausgleichzahlungen nach der Baumschutzsatzung nicht vollständig ausgeschöpft werden, das Projekt Abfallberatung in Schulen nicht durchgeführt wird und sich zeitliche Verzögerungen im Projekt Maßnahmen zur Lärmaktionsplanung ergeben. Darüber hinaus fallen in 2009 geringere Aufwendungen für Gutachten und Prüfungen von rd. 0,1 Mio. Euro für das Projekt Sanierung Boden und Bodenluft an.

Aufgrund der Betriebskostenabrechnung der AVG für 2008 wurden für die Deponie „Vereinigte Ville“ gezahlte Betriebskostenzuschüsse in Höhe von 1,0 Mio. Euro zurückerstattet. Zusätzlich kann wegen der guten Marktsituation und der gestiegenen Ablagerungsentgelte die Erstattung der Betriebskosten an die Abfallentsorgungs- und Verwertungsgesellschaft Köln mbH entfallen. Dadurch ergibt sich ein Wenigeraufwand von rd. 2,0 Mio. Euro.

**Verbesserung: rd. 3,7 Mio. Euro**

### **Stadtbahn, Brücken und Tunnel**

Bei den Erträgen sind Verbesserungen in Höhe von 1,6 Mio. Euro aufgrund von weitergeleiteten Zuwendungsanteilen nach GVFG durch die KVB im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Stadtbahnbau, 2. Baustufe zu verzeichnen. Diesen stehen jedoch durch Verzögerungen im Bauablauf bei der Ertüchtigung der Kölner Rheintunnel geringere Erträge bei den Landeszuweisungen von rd. 1,6 Mio. Euro gegenüber.

Die Aufwendungen für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken und für die Unterhaltung der Rheinbrücken werden voraussichtlich um insgesamt rd. 18,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für das Großprojekt Rheinbrücken und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahme sowie ähnlicher Probleme für die Ertüchtigung der Kölner Rheintunnel.

Im Bereich Unterhaltung der Stadtbahnanlagen zeichnen sich Minderaufwendungen von ca. 3,7 Mio. Euro ab.

Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen von 0,5 Mio. Euro durch eine Kostenerstattung an die Stadtentwässerungsbetriebe.

**Verbesserung: rd. 21,2 Mio. Euro**

### **Sonstige wirtschaftliche Unternehmen**

Aufgrund des positiven Ergebnisses der Kölner Sportstätten GmbH, welches auf die neue Rechnung 2009 übertragen wird, reduziert sich der Aufwand für die Verlustabdeckung bei der Stadt um knapp 3,3 Mio. Euro. Davon werden 0,7 Mio. zur Deckung des höheren Betriebskostenzuschusses für die Straßenreinigung herangezogen.

Die für 2009 geplante Verlustabdeckung von 0,1 Mio. Euro an das Rechtsrheinische Technologie- und Gründerzentrum Köln mbH entfällt.

Die Gewinnausschüttung der SWK erfolgt abzüglich der zu zahlenden Kapitalertragsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dadurch ergeben sich für das laufende Haushaltsjahr geringere Erträge von ca. 21,1 Mio. Euro. In der Vergangenheit konnte direkt eine Steuererstattung der einbehaltenen Kapitalertragsteuer in Höhe von 10 % beim Finanzamt geltend gemacht und im gleichen Haushaltsjahr als Ertrag verbucht werden. Da die Ausschüttung jedoch dem BgA U-Bahn und nicht direkt dem hoheitlichen Bereich zuzurechnen ist, besteht erst dann ein Anspruch gegenüber dem Finanzamt, wenn die Steuererklärung für diesen BgA eingereicht wurde. Diese befindet sich aber noch in der Erstellung. Somit ist nach derzeitigem Erkenntnisstand eine Ertragsbuchung in entsprechender Höhe bei gleichzeitiger Festsetzung einer Forderung gegenüber der Finanzverwaltung nicht möglich.

Den oben genannten Wenigererträgen stehen Mehrerträge in Höhe von 42,8 Mio. Euro aus der Erstattung einbehaltener Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer aus Vorjahren gegenüber.

***Verbesserung: ca. 24,4 Mio. Euro***

### **Zentrale Finanzwirtschaft**

Die im Zusammenhang mit der Gewährung einer stillen Einlage an der Sparkasse Köln-Bonn geplanten Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen werden nicht abfließen. Gem. Ratsbeschluss vom 13.11.2008 wird die stille Einlage durch den Zweckverband erbracht. Somit entfällt die gesamte Abwicklung über den städtischen Haushalt. Für das Haushaltsjahr 2009 ergibt sich eine Verschlechterung von 4,2 Mio. Euro, da die Erstattung der Sparkasse in Höhe der städtischen Zins- und Tilgungsleistung als Ertrag geplant war, die Ergebnisrechnung jedoch nur die Zinsaufwendungen berücksichtigt hat.

***Verschlechterung: 4,2 Mio. Euro***

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

|  | <i>in Mio. Euro</i><br>Verbesserung (+) /<br>Verschlechterung (-) |
|--|---|
| Grundsteuer  | - 1,5   |
| Verzinsung der Gewerbesteuer   | - 15,0  |
| Zweitwohnungssteuer  | + 3,5   |
| Kompensationsleistung  | + 3,2   |
| Landesmittel aus erspartem Wohngeld  | + 5,1   |
| Personalaufwand  | + 7,0   |
| Personalamt  | - 0,2   |
| Politik und Fraktionen   | - 0,3   |
| Wahlen   | - 0,5   |
| Allg. Sicherheit und Ordnung, Gewerbeswesen  | + 0,5   |
| Sozialbereich  | + 5,4   |
| Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler u Asylbewerber                                | + 3,4   |
| Wohnungswesen  | + 1,3   |
| Kinder und Jugend, Kinderheime   | - 7,7   |
| Schule und Bildung   | - 2,6   |
| Gesundheit   | - 0,9   |
| Kultur und Wissenschaft  | - 16,5  |
| Rechenzentrum/IT- und Kommunikationsleistungen   | + 0,4   |
| Rechts- und Versicherungsleistungen  | + 0,5   |
| Zentrale Dienste   | - 0,3   |
| Stadtentwicklung und Stadtplanung  | + 5,2   |
| Wirtschaftsförderung   | + 0,4   |
| Verkehrsüberwachung  | + 0,5   |
| Verkehrsflächen und –anlagen, Parkeinrichtungen  | + 2,7   |
| Verkehrs- und Kfz-Angelegenheiten  | + 0,4   |
| Grünflächen und Friedhöfe  | + 2,3   |
| Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung   | + 3,7   |
| Stadtbahn, Brücken und Tunnel  | + 21,2  |
| Sonstige wirtschaftliche Unternehmen   | + 24,4  |
| Zentrale Finanzwirtschaft  | - 4,2   |
|  |   |
| <b>Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen:</b>                                       | <b>+ 41,4</b>   |
|  |   |
| Auswirkungen der Steuerschätzung und aktueller wirtschaftlicher Entwicklung                  | - 276,8   |
|  | -   |
|  |   |
| Fehlbetrag lt. Hpl. 2009   | - 102,5   |
|  |   |
| Inanspruchnahme der Deckungsrücklage i. Z. m. der Ermächtigungsübertragung aus 2008 i. H. v. | + 57,7  |
|  |   |
|  |   |
| <b>erwartete Einsparungen im Zuge der Bewirtschaftung</b>                                    | <b>+ 90,0</b>   |
|  |   |
| <b>Gesamtveränderung</b>   | <b>- 190,2</b>  |

## **Bewirtschaftung:**

In der Sitzung des Finanzausschusses am 29.06.2009 hat die Verwaltung den Ausschuss u. a. über die im Hinblick auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen unterrichtet. Insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuer kann nicht davon ausgegangen werden, dass die im Hpl. 2009 veranschlagten Mittel in vollem Umfang zur Bewirtschaftung freigegeben werden. Nach derzeitigem Sachstand müssen die vorgegebenen Bewirtschaftungsmaßnahmen (Einsparung bei den Aufwendungen für Pflichtaufgaben um 5 %, den Aufgaben, die dem Grunde nach pflichtig, in der Höhe aber beeinflussbar sind, um 10% und bei den freiwilligen Aufgaben um 15 %) grundsätzlich eingehalten werden.

Die Verwaltung geht davon aus, dass vor dem Hintergrund, dass trotz aller Anstrengungen bei einem Teil der Ansätze die Vorgaben nicht eingehalten werden können, ein Einsparbetrag von rd. 90 Mio. Euro erreicht werden kann.

## **Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung**

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im investiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich in den meisten Fällen de facto nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

### **Zentrale Vergabe**

Aufgrund von Verzögerungen im Projektablauf zur Beschaffung eines Vergabemanagementsystems werden rd. 0,6 Mio. Euro Wenigerauszahlungen im laufenden Jahr anfallen.

**Verbesserung: rd. 0,6 Mio. Euro**

### **Einrichtungen für Wohnungslose, Spätaussiedler und Asylbewerber**

Durch Verzögerungen im Abstimmungsprozess bzw. im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren werden Wenigerauszahlungen von ca. 4,2 Mio. Euro erwartet.

**Verbesserung: rd. 4,2 Mio. Euro**

### **Kinderheime**

Vor dem Hintergrund zeitlicher Verzögerungen beim Verkauf des Areals Sülzgürtel 47 werden Wenigereinzahlungen in Höhe von 7,7 Mio. Euro prognostiziert. Dieser Betrag kann voraussichtlich erst in 2010 realisiert werden. Beim Erwerb des Grundstücks für den Neubau des KidSZentrums ergaben sich dagegen Wenigerauszahlungen von rd. 4,2 Mio. Euro. Weiterhin wird die Generalsanierung von Haus 6 in Köln Brück zum größten Teil erst in 2010 umgesetzt, wodurch Wenigerauszahlungen von 0,5 Mio. Euro anfallen.

**Verschlechterung: rd. 3,0 Mio. Euro**

### **Schule und Bildung**

Die Schul-/Bildungspauschale des Landes fällt um 3,3 Mio. Euro höher aus als geplant. Diesen Mehreinzahlungen stehen Auszahlungen für die Ersteinrichtung beim Schulneubau bzw. Schulerweiterungsbau gegenüber.

**Veränderung: 0,0 Mio. Euro**

### **Denkmalpflege**

Das Projekt „Erneuerung der Ratsturmfiguren“ wird gegenüber der Planung voraussichtlich um 0,3 Mio. Euro günstiger umgesetzt werden können.

**Verbesserung: rd. 0,3 Mio. Euro**

### **Stadtentwicklung**

Entgegen der Planung werden sich zahlreiche Maßnahmen ins nächste Haushaltsjahr verschieben. So wird sich z. B. die Ausweisung des Sanierungsgebietes Innenstadt (3,5 Mio. Euro) aufgrund noch einzuholender Beschlüsse verschieben und die für den Umbau von Büroräumen eingeplanten Mittel (1,1 Mio. Euro) werden erst im Folgejahr abfließen. Auch die Maßnahmen Erschließung Bahnsteig Deutz (0,9 Mio. Euro), Stadtsanierung Porz/Finkenbergr (0,8 Mio. Euro) und Bocklemünd/Mengenich (1,9 Mio. Euro) sowie der Ausbau des Grünzuges Charlier (2,7 Mio. Euro) werden sich aufgrund von Verzögerungen im Ausschreibungs- und Vergabeverfahren verschieben. Die Maßnahmen Sanierung Vingst/Höhenberg (0,3 Mio. Euro) und Mülheim/Nord (0,4 Mio. Euro) werden nicht weiter verfolgt, zur Deckung anderer Maßnahmen wurden hiervon 0,2 Mio. Euro herangezogen. Darüber hinaus werden weitere kleinere Abweichungen bis Jahresende prognostiziert.

**Wenigerauszahlungen: rd. 12,8 Mio. Euro**

### **Erschließung**

Längere Verfahrensdauern aufgrund durchzuführender Anhörungen führen in 2009 zu einer geringeren Anzahl von Veranlagungen. Infolge dessen werden sich die Einzahlungen für Erschließungsbeiträge voraussichtlich um rd. 0,5 Mio. Euro reduzieren. Dabei handelt es sich jedoch lediglich um eine zeitliche Verschiebung. Der Verschlechterung steht eine Mehreinzahlung von rd. 3,0 Mio. Euro bei den Straßenbaubeiträgen nach KAG gegenüber, was auf die steigende Anzahl von Ausbaumaßnahmen und die dadurch entstehende Beitragspflicht zurückzuführen ist.

**Verbesserung: rd. 2,5 Mio. Euro**

### **Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung**

Bei der Baumaßnahme „Mülldeponie Vereinigte Ville“, dem Blockheizkraftwerk für Depo-niegasnutzung und beim Erwerb von Vermögensgegenständen werden insgesamt voraus-sichtlich ca. 2,0 Mio. Euro weniger abfließen als geplant. Ursächlich hierfür ist, dass die Maßnahmen insgesamt günstiger abgewickelt werden können.

**Wenigerauszahlungen: ca. 2,0 Mio. Euro**

### **Grünflächen und Friedhöfe**

Für das laufende Haushaltsjahr werden für den Teilbereich „Öffentliches Grün“ Weniger-auszahlungen von ca. 11,7 Mio. Euro prognostiziert. Diese ergeben sich hauptsächlich durch Verzögerungen bei den Projekten Regio/Grün (6,7 Mio. Euro) und Rheinboulevard (5,3 Mio. Euro).

Im Projekt Friedhof Süd - Bewässerung meldet der Bereich Wenigerauszahlungen von rd. 0,2 Mio. Euro, da sich das Projekt mangels Planungskapazitäten verschiebt. Des Weiteren werden Auszahlungen für die Anlage von Grabkammern in Höhe von 0,3 Mio. Euro nicht mehr in 2009 abfließen.

**Wenigerauszahlungen: rd. 12,2 Mio. Euro**

### **Stadtbahn, Brücken und Tunnel**

Insgesamt wird eine Verbesserung von 15,5 Mio. Euro prognostiziert. Nachstehend wer-den die größten Abweichungen aufgeführt: Bei der Maßnahme Stadtbahn Rhein-Sieg Mülheim Wiener Platz wurden 7,3 Mio. Euro Investitionszuweisungen des Landes auf-

grund von unstrittigen Mehrkosten bei der Maßnahme vereinnahmt.

Aufwandsseitig wird sich entgegen der Planung die „Beschleunigungsmaßnahme L12“ (Auszahlung 2,5 Mio. Euro, Zuschuss 0,4 Mio. Euro) ins nächste Haushaltsjahr verschieben. Darüber hinaus wird es bei mehreren Maßnahmen zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlung nur teilweise noch in 2009 kassenwirksam werden. Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

Haltestelle Deutz-Messe – Einbau von Aufzügen (Auszahlung 3,0 Mio. Euro, Zuschuss 0,8 Mio. Euro), Bahnsteiganhebung Haltestelle Lenauplatz (Auszahlung 4,0 Mio. Euro, Einzahlung 3,4 Mio. Euro), Bahnsteiganhebung Poststraße (Auszahlung 1,5 Mio. Euro, Einzahlung 1,4 Mio. Euro) und Neusser Straße/Gürtel – Einbau von Aufzügen (Auszahlung 0,5 Mio. Euro, Einzahlung 0,4 Mio. Euro). Daneben ergeben sich mehrere kleinere Verschiebungen.

**Verbesserung: rd. 15,5 Mio. Euro**

### **Wirtschaftsförderung**

Die für das Win-Win Programm zusätzlich bereitgestellten Mittel werden überwiegend in 2010 zur Auszahlung kommen. Seitens der Fachdienststelle ist beabsichtigt, eine Ermächtigungsübertragung in Höhe der in 2009 nicht abgeflossenen Mittel zu beantragen.

**Wenigerauszahlungen: rd. 4,3 Mio. Euro**

### **Liegenschaften und Kataster**

Die für die Sanierungsmaßnahme Causemannstraße vorgesehenen Mittel werden nicht mehr benötigt.

**Verbesserung: rd. 0,5 Mio. Euro**

### **Verkehrsflächen und -anlagen**

Aufgrund der aktuellen Ein- und Auszahlungen in diesem Bereich ist davon auszugehen, dass sowohl bei den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit als auch bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen erhebliche Abweichungen auftreten werden. Die Auszahlungen werden insgesamt um rd. 20,9 Mio. Euro unter der Planung liegen. Nachfolgend sind die Maßnahmen mit den größten Abweichungen benannt. Diese Aufzählung ist nicht abschließend. So werden sich z. B. die Generalinstandsetzung Radwege (2,8 Mio. Euro), Maßnahmen zur Barrierefreiheit (0,3 Mio. Euro) und die Generalinstandsetzung/Hochwasserschutzmaßnahmen von Regenwasserpumpwerken bzw. Straßenenwässerungskanälen (5,0 Mio. Euro) verzögern. Weiter wird sich die Auszahlung von Zuschüssen aufgrund von Bauverzögerungen beim Kreuzungsbauwerk Kaiserstraße (3,0 Mio. Euro) und bei der Lützrathstraße (0,8 Mio. Euro) nach 2010 verschieben. Die Maßnahmen Nord-Süd-Stadtbahn - Wiederherstellung und Breslauer Platz (zusammen 1,5 Mio. Euro) können erst nach Räumung des Baufeldes durch die KVB begonnen werden. Weitere Wenigerauszahlungen von je ca. 2,0 Mio. Euro ergeben sich aufgrund von Verzögerungen bei den Maßnahmen Umgestaltung Ottoplatz sowie Rheinuferstraße Ubierring - Filzengraben.

Dem gegenüber stehen Mehrauszahlungen von rd. 1,0 Mio. Euro bei der Erschließung Marsdorf-Gewerbegebiet Horbell aufgrund eines zügigen Baufortschritts sowie der vorzeitigen Ablösung einer Vorfinanzierung durch einen Investor.

Insgesamt werden die Auszahlungen unter den Planwerten liegen. Da die Einzahlungen in Abhängigkeit zu den Auszahlungen stehen, werden auch diese hinter den Planungen zurückbleiben.

**Wenigerauszahlungen: rd. 20,9 Mio. Euro**

**Zentrale Finanzwirtschaft**

Auszahlungen für die planmäßige Tilgung werden voraussichtlich 0,4 Mio. Euro geringer ausfallen als ursprünglich geplant. Darüber hinaus liegt die allgemeine Investitionspauschale ca. 4,9 Mio. Euro über der Planung, wobei 1,0 Mio. Euro bereits zur Deckung herangezogen wurden.

***Verbesserung: rd. 4,3 Mio. Euro***

**Kassenliquidität**

Die Entwicklung insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer hat natürlich auch Auswirkungen auf die Liquidität der Kasse. Während zu Beginn des Jahres noch ein positiver Bestand zu verzeichnen war, betrug die durchschnittliche Kassenkreditaufnahme im Monat November auf rd. 57,0 Mio. Euro täglich. Positiv wirkt sich hier die günstige Zinssituation aus.